

Zeitschrift: Mittex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung von Textilfachleuten

Band: 85 (1978)

Heft: 9

Rubrik: Wirtschaftspolitik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hoher Forschungsaufwand in der Maschinenindustrie

All dies gilt speziell auch für die Maschinen- und Metallindustrie, den Hauptpfeiler der schweizerischen Exportwirtschaft. Besonders erfreulich ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass in dieser Branche 1977 offenbar weitere namhafte Mittel für die Forschung und Entwicklung freigemacht werden konnten. In der Maschinen- und Metallindustrie hatte der Forschungs- und Entwicklungsaufwand bereits zwei Jahre zuvor, wie bei einer repräsentativen Erhebung bei fast 100 Firmen ermittelt worden war, den Betrag von 1,4 Milliarden Franken erreicht. Da auch viele mittlere und kleinere Unternehmen, die bei der erwähnten Erhebung nicht erfasst wurden, in der Forschung und vor allem in der Entwicklung tätig sind, dürfte der Gesamtaufwand nach Schätzungen des Vereins Schweizerischer Maschinen-Industrieller (VSM) 1977 um die zwei Milliarden Franken betragen haben.

Durch Wechselkursschübe, wie wir sie in jüngster Zeit erlebt haben, wird die Exportindustrie indessen laufend um die Früchte ihrer Anstrengungen geprellt. Es stellt sich deshalb die Frage, ob die bis heute immer wieder bewiesene Einsatz- und Risikobereitschaft, ob das technische Wissen und Können sowie nicht zuletzt die Ertragskraft der Betriebe auf die Dauer ausreichen, um mit den immer härteren Existenzbedingungen Schritt zu halten. So zuversichtlich die Antwort aufgrund der bisher erbrachten Leistungsbeweise auch lauten mag, so schwer wiegen indessen die Hypotheken, die der Industrie durch äussere Umstände aufgebürdet werden.

Wirtschaftspolitik

Marsch auf Bern?

Die währungsbedingte Ertragskrise hat sich in den letzten Monaten ausgebreitet; der Kreis der von ihr erfassten Industriebetriebe und -branchen erweitert sich von Tag zu Tag. Der Schweizer Franken ist für viele Leute kein normales Zahlungsmittel mehr, sondern stellt für sie in zunehmendem Masse eine erstklassige internationale Spekulationsware dar. Die Banken beteuern ihre Unschuld, dass sie durch die Währungsverhältnisse zu so grossen Gewinnen verurteilt würden, während der Wirtschaft infolge ihrer Geld- und Substanzverluste der Atem ausgeht, und die für eine gesunde Schweizer Währung verantwortlichen Stellen verfolgen die Entwicklung, die sie bisher kaum zu beeinflussen vermochten, weiterhin mit gespannter Aufmerksamkeit.

Noch dieses Frühjahr geriet der Schreibende unter heftigen Beschuss, weil er im Textilsektor mehrere Betriebsschliessungen voraussagte für den Fall, dass der Schweizerfrankenkurs nicht in eine vernünftige Relation zumindest zur D-Mark gebracht werden könne. Man warf ihm Schwarzmalerei vor, die der Nachwuchsförderung schade — deren Bedeutung man offenbar gerade neu entdeckte — und hätte ihm am liebsten einen Maulkorb umgehängt. Es verstrichen nur einige Wochen, bis die gleichen Leute die Sturmglocken läuteten, die dringende Notwendigkeit der besseren Orientierung von Behörden und Öffentlichkeit über die ernste Lage betonten und gar von einem Marsch auf Bern redeten, damit «die da oben» endlich erwachten und merkten, was die Stunde geschlagen habe.

Es dürften nicht nur die im Sommer dann tatsächlich erfolgten Betriebsschliessungen gewesen sein — allein im Textilbereich gaben vier Unternehmen mit total 450 Beschäftigten das Rennen gegen die Währungsuhr auf —, mit denen weite Kreise aus ihrem Schläfe gerissen wurden, sondern den entscheidenden Ausschlag gab zweifellos die Entwicklung des Schweizerfrankens der vergangenen Wochen, die nicht weniger als die bisherige weitestgehend mit der Spekulation in Zusammenhang stand. Ist es nicht grotesk, wenn sich schweizerische Unternehmer der Industrie ernsthaft mit dem Gedanken tragen, in ihrer Tätigkeit soviel als möglich von dem für sie verlustreichen Schweizer Franken auf die D-Mark als Zahlungsmittel überzugehen? Es fragt sich nur, ob unsere Arbeitnehmer zufrieden wären, wenn man ihnen die Löhne mit deutschem statt mit schweizerischem Gelde ausbezahlte.

Ein Marsch auf Bern wegen des hohen Schweizerfrankens wird Herrn Carter und seinen auf den Hund gekommenen amerikanischen Dollar voraussichtlich kaum berühren. Aber allein die Idee von Unternehmern, sich auf die Strasse zu begeben, zeigt doch, wie schlimm es vielerorts stehen muss. Hatte man die prekäre Situation und wenig verheissungsvolle Aussicht für die Zukunft bisher schamhaft verschwiegen oder nicht wahrhaben wollen, so scheint man sich nun mehr und mehr aller psychologischen Hemmungen entledigt zu haben und dank des Mutes der Verzweiflung selbst Demonstrationen in der Bundesstadt, im Verein mit Angehörigen aller unter dem kranken Schweizer Franken leidenden Branchen, nicht unbedingt als abwegig zu erachten.

Märsche auf Bern hat es immer wieder gegeben. Wir sind der Meinung, dass sich Bundesrat und Nationalbank — mit oder ohne einen solchen Marsch — der für die Wirtschaft äusserst bedrohlichen Lage durchaus bewusst sind und keiner weiteren Aufklärung bedürfen. Die Bundesratssitzungen vom 16. und 17. August waren ausschliesslich diesem Thema gewidmet, und verschiedene Massnahmen zur Verbesserung der Verhältnisse wurden hierauf in Aussicht gestellt. Die in der Wirtschaft bestehende Ungeduld hat sich dadurch aber nicht gemildert; wenn einem an sich absolut gesunden und leistungsfähigen Unternehmen das schmutzige Währungswasser bereits am Hals steht, erwartet es begreiflicherweise klare und klärende Sofortmassnahmen, die das Übel an der Wurzel packen, und möchte nicht auf das Ergebnis langwieriger Kommissionsarbeiten warten müssen, das unter Umständen erst herauskommt, wenn man schon nicht mehr existiert.

Mit sogenannten flankierenden Massnahmen allein wird die Schweizer Wirtschaft überdies nicht aus dem Dreck befreit, in den sie durch die Währungsspekulanten gebracht worden ist. Flankieren kann man sodann nur eine bereits vorhandene Mitte; erst dann erhalten solche Massnahmen ihren Sinn. Wenn unsere Behörden befürchten, der Schweizerfrankenkurs lasse sich aus seiner schwindelnden Höhe nicht

abseilen, ohne gleichzeitig die Inflation zu steigern, würde das Rezept vielleicht in der Erhebung einer Importabgabe von beispielsweise 10 Prozent liegen. Diese Abgabe, die mit Ausnahme der in der Schweiz nicht hergestellten Rohstoffe auf allen Importen erhoben werden sollte, würde die Inflation jedenfalls nicht anheizen, übersteigt der Währungsgewinn beim schweizerischen Import diesen Satz doch ganz erheblich. Die anfallenden Gelder sollten ausschliesslich für die Verbilligung der Exportrisikogarantie und die Verbesserung ihrer Bedingungen verwendet werden. Die Importabgabe von 10 oder mehr Prozent mit dem erwähnten Verwendungszweck würde der Schweizer Wirtschaft im Inland- und Auslandgeschäft eine überaus willkommene und nötige Entlastung erbringen; sie müsste nur solange erhoben werden, als es nicht gelänge, den Schweizer Franken so oder anders zu kurieren.

Es würde erstaunen, wenn dieser unverzüglich realisierbare Vorschlag, der administrativ sehr einfach zu handhaben wäre, nicht eine zahlreiche Gegnerschaft mit Tausenden von Argumenten auf den Plan rief. Wir halten indessen dafür, dass nun endlich gehandelt werden muss; der Volksmund kennt dafür den treffenden Ausdruck «liefere statt lafere». In der Tat: die Wirtschaft erwartet wirksame Taten — und alsdann flankierende Massnahmen. Der Vorschlag der Einführung einer angemessenen Importabgabe hätte den Vorteil, dass man auf ihre Erhebung sofort verzichten könnte, sobald der Schweizer Franken wieder mehr Zahlungsmittel für echte Leistungen als — zum verheerenden Nachteil der Schweizer Wirtschaft — Spielball in- und ausländischer Spekulationslüstlinge sein wird.

Ernst Nef

Alles hängt an einem Faden

Wie bewältigt die schweizerische Textilindustrie den weltweiten Strukturwandel?

Fernsehen DRS: Montag, 16. Oktober 1978, 21.05 Uhr

«Unter den modernen Industrien hat die Textil-Industrie immer noch den Ruf des armen Mannes vom Toggenburg. Der Schein trügt. Die Textil-Industrie ist eine moderne Industrie. Machen wir einen Rundgang!»

Diese eben zitierten Aussagen stehen unter anderem im Zentrum eines Dokumentarfilmes, den Herr Martel Garteis, Redaktor im Ressort Naturwissenschaft, Technik und Medizin des Fernsehens DRS, unter beratender Mitwirkung von Herrn Dr. Jürg M. Jent, stv. Geschäftsführer des Verbandes der Arbeitgeber der Textilindustrie, erarbeitet hat. Das fragliche Werk will in erster Linie anhand eines repräsentativen Querschnitts durch die Branche zeigen, wie die schweizerische Textil-Industrie den weltweiten Strukturwandel bewältigt.

Die Erstaussstrahlung dieses Films ist am Montag, 16. Oktober 1978, 21.05 Uhr, vorgesehen. Jedermann, der sich der schweizerischen Textil-Industrie verbunden weiss, wird sich den genannten Termin reservieren.

Vorstand SVT

«Klarstellung war dringend notwendig»

Die unverständliche, kompromittierende Anzeige des Presse- und Informationsamtes der Deutschen Bundesregierung (siehe «mittex» 8/1978, Seite 209: «100 Mio Herrenhemden aus Tieflohnländern») hat in Deutschland und europaweit darüber hinaus begreiflicherweise Unwillen und Proteste ausgelöst. Vom Gesamtverband der Textilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland erhielten wir dieser Tage nachstehendes Communiqué:

Gesamttextil und der Bundesverband Bekleidungsindustrie stellen fest, dass die Bundesregierung sich zu ihrer textilpolitischen Position jetzt öffentlich klarer geäussert hat. Diese Verlautbarung der beiden Spitzenverbände bezieht sich auf eine Erklärung von Regierungssprecher Dr. Armin Grünewald, der im Zusammenhang mit vielfachen Protesten gegen eine Regierungsanzeige («Frau Müller kauft ein Hemd aus Ceylon. Das sichert ihrem Mann den Arbeitsplatz.») unter anderem erklärt hat, von einem neuen Kurs der Bundesregierung gegenüber der Textilwirtschaft könne keine Rede sein.

Grünewald wörtlich: «Mit dieser Anzeige hat die Bundesregierung keine neue Politik gegenüber der Textilwirtschaft ankündigen oder gar einleiten wollen.» Insbesondere sei nicht beabsichtigt gewesen, einer weiteren Produktionsverlagerung ins Ausland das Wort zu reden.

Nach Darstellung Grünewalds hat die sogenannte Albstädter-Erklärung des Bundeskanzlers vom Sommer 1976 nach wie vor Gültigkeit. Schmidt hatte damals in einer Versammlung wörtlich erklärt: «Selbstverständlich braucht das Land, das übrigens der grösste Textilimporteur der Welt ist, heute, in zehn und in zwanzig Jahren eine eigenständige, lebensfähige, vitale Textilindustrie.» Von dieser Erklärung, so Grünewald, werde durch die ohnehin nicht auf die Textilwirtschaft gemünzte Anzeige nicht ein Wort gestrichen.

Gesamttextil und der Bundesverband Bekleidungsindustrie demgegenüber: «Diese Klarstellung war dringend notwendig.» Der Stellungnahme der Bundesregierung war eine Welle scharfer Proteste von Gesamttextil und des Bundesverbandes Bekleidungsindustrie, aber auch anderer Industrieverbände und der Gewerkschaft Textil/Bekleidung vorausgegangen. Die Spitzenverbände der Textilindustrie und der Bekleidungsindustrie hatten zuletzt am 14. August in einem Fernschreiben an den Bundeskanzler mit der Bitte um «ein klärendes Wort in der Öffentlichkeit, in welcher Form auch immer» appelliert.

Sie hatten in diesem Fernschreiben unter anderem nachdrücklich auf die anhaltende Empörung und Verbitterung in Kreisen der Unternehmer und ihrer Mitarbeiter hingewiesen und betont: «In weiten Kreisen der Öffentlichkeit besteht aufgrund der Anzeige weiterhin der Eindruck, die deutsche Textilindustrie sei für die Bundesregierung ein uninteressanter Wirtschaftszweig.»